
Proletarische Virtuosen? Widersprüche und Verwerfungen in der Elitenpolitik der SED am Beispiel der Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Tilman Siebeneichner



Tilman Siebeneichner, M.A., geb. 1976 in Soltau. Studium der Geschichte und Philosophie in Oldenburg und Göttingen; 2011 Promotion mit der Arbeit „Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR“ (im Druck); von 2010 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Graduiertenkolleg „Generationengeschichte“ am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen.

Abstract

The members of the “Combat Groups of the Working Class” were considered as proletarian virtuosos because they voluntarily spent their leisure time for their commitment to the protection of the “Socialist achievements”. This way representing Communist resilience, they were supposed to be particularly honoured and recognized. Already in the 1950s, however, it became obvious that praising violence as a political maxim was widely perceived as contradicting other programmatic aspects of SED rule. Thus, an analysis of the Combat Groups looks promising for uncovering the inner contradictions of State Socialist rule – elite consciousness vs. egalitarianism, pacifism vs. militancy, spontaneity vs. “ruling through” – and for understanding why it finally became a failure.

Eliten hatten im Staatssozialismus, der den Egalitarismus zu seinen grundlegendsten Prinzipien zählte, nominell keinen Platz. Tatsächlich bedarf jedoch jede Gesellschaft nicht nur bestimmter – und hierarchisch gegliederter – Binnendifferenzierungen, um funktionsfähig zu sein, sondern bringt derartige Binnendifferenzierungen schon aufgrund des ihr zugrundeliegenden Selbstverständnisses auch selbst hervor.¹ Die DDR verfügte aufgrund der Teilung Deutschlands über keine selbstverständliche nationalstaatliche Grundlage, auf der sie sich hätte legitimieren können. Als alternativer deutscher Staat bedurfte sie ebenso wie die staatstragende Partei SED deshalb der Berufung auf eine eigene, von der

1 Vgl. dazu Peter Hübner, Einleitung: Antiautoritäre Eliten? In: ders. (Hg.), *Eliten im Sozialismus: Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 9–35.

Bundesrepublik abzugrenzende Tradition, um die Verbundenheit von Partei und Bevölkerung mit ihrem Staat zu stiften – den „Antifaschismus“-Mythos.²

Besondere Legitimität kam im selbsternannten „besseren Deutschland“ denjenigen zu, die gegen den Faschismus „gekämpft“ hatten, wobei der in der politischen Kultur der DDR omnipräsente Begriff des „Kämpfens“ durchaus wörtlich zu nehmen war.³ Während ihrer ganzen Existenz hatte sich die SED einem „Kult der Militanz“ verschrieben, dem ein „Verständnis von Politik als eines nie endenden, schweren Kampfes der Männer gegen den inneren und äußeren Feind“⁴ zugrunde lag. Zur politischen und sozialen Avantgarde im Staatssozialismus wurden deshalb vor allem diejenigen gezählt, die auch vor dem Gebrauch von Gewalt nicht zurückschreckten, um die „Errungenschaften“ der SED durchzusetzen bzw. zu verteidigen.⁵

Vor diesem Hintergrund besaßen die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ weitaus größere Bedeutung, als bisher erkannt worden ist.⁶ Diese auf betrieblicher Basis organisierte Miliz war nicht bloß ein weiteres unter den so zahlreichen „bewaffneten Organen“ der DDR. Als „unmittelbar bewaffnetes Organ der Arbeiterklasse“ stellten sie – wie in ihrer Gründungsphase unaufhörlich betont wurde – keine „militärische“, sondern eine „politische“⁷ Organisation dar. Sie war Ausdruck der zentralen geschichtspolitischen Prämisse, dass „zum Arbeiter das Gewehr gehört, so lange gehört, bis es in der ganzen Welt keine kapitalistischen Blutsauger, keine Zins- und Fronherren mehr gibt“,⁸ wie es 1956 in einer von der Abteilung Agitation und Presse/Rundfunk beim Zentralkomitee der

2 Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR. In: APuZ, B 45/1998, S. 16–29; vgl. dazu auch Hermann Wentker, Die Staatsräson der DDR. In: Günther Heydemann/Eckart Klein (Hg.), Staatsräson in Deutschland, Berlin 2003, S. 143–161.

3 Vgl. dazu Dietmar Neutatz, Die Suggestion der „Front“. Überlegungen zu Wahrnehmungen und Verhaltensweisen im Stalinismus. In: Brigitte Studer/Heiko Haumann (Hg.), Stalinistische Subjekte. Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern 1929–1953, Zürich 2006, S. 67–80.

4 Eric D. Weitz, Der Zusammenbruch der DDR aus langfristiger Perspektive. In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, 12 (1998), S. 6–16, hier 10; ausführlicher: ders., Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1996.

5 Vgl. dazu Rainer Gries/Silke Satjukow, Die Vorhut der Großväter. Eine Generationengeschichte der Avantgarde im real existierenden Sozialismus. In: Niels Beckenbach (Hg.), Avant Garde und Gewalt. Gratwanderungen zwischen Moderne und Antimoderne im 20. Jahrhundert, Hamburg 2007, S. 93–138.

6 Vgl. Volker Koop, Armee oder Freizeitclub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Bonn 1997; Armin Wagner, Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ im System der DDR-Landesverteidigung: Wahrnehmung – Literatur – Quellen – Forschungen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 2000/2001, S. 159–186.

7 Vorlage der Abt. für Sicherheitsfragen vom 6. 5. 1954 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/419, Bl. 28).

8 Gustav Giesemann, Damals in Eisleben. Hg. von der Abteilung Agitation und Presse/Rundfunk beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1956, S. 8 f.

SED herausgegebenen Broschüre hieß, welche die Existenz der Kampfgruppen zu popularisieren beabsichtigte.

Weil die Angehörigen der Kampfgruppen – im Volksmund gemeinhin „Kämpfer“ genannt – sich freiwillig dazu bereit erklärten, unentgeltlich und in ihrer Freizeit dem Schutz der „sozialistischen Errungenschaften“ zu dienen, kam ihnen innerhalb der betrieblichen Lebenswelt – dem zentralen „Vergemeinschaftungskern“ der DDR-Gesellschaft⁹ – eine Vorbildfunktion zu: Kampfgruppen-Angehörige wurden als vollendete „sozialistische Persönlichkeiten“¹⁰ präsentiert, die nicht nur während ihrer Ausbildung, sondern allzeit ihre „beruflichen und gesellschaftlichen Pflichten vorbildlich“¹¹ erfüllen würden. Versteht man den Kommunismus als politische Religion, so könnte man sagen, dass den Angehörigen der Kampfgruppen der Status proletarischer „Virtuosen“ zukam:¹² Sie verkörperten das Heiligste der kommunistischen Bewegung – wie nicht zuletzt ihre vorrangige Präsenz im Rahmen der alljährlichen LLL-Feiern deutlich machte¹³ – und fungierten damit als Beispiel des idealen sozialistischen Staatsbürgers, der „unbedingte Treue über Zweifel und Kritik, Opferbereitschaft über Individualismus, Wir-Orientierungen über Ich-Orientierungen“¹⁴ zu stellen hatte und dessen Konturen in vielfacher Hinsicht dem konspirativen Habitus der Kampfzeit nachmodelliert waren.

Tatsächlich war die Situation nach 1945 jedoch eine gänzlich andere als die Zeit des „latenten Bürgerkrieges“ der 1920er Jahre, in dem viele der „letzten Revolutionäre“ ihre politische Sozialisation erfahren hatten und der Rote Front-

-
- 9 Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61.
 - 10 „Der Kämpfer vom Mönchshof. Karlheinz Schumann – ein vorbildlicher Kommunist und Angehöriger der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. In: Der Kämpfer, 21 (1976) 11 (November), S. 2.
 - 11 Richtlinien für die Auswahl und Zugehörigkeit der Kämpfer der Kampfgruppen der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik [Beschlußvorlage für das Sekretariat des ZK der SED], undat. [1972], (BStU, MfS, SdM, Nr. 1591, Bl. 214).
 - 12 Der Begriff des „Virtuosen“ ist Max Weber entliehen, der ihn als „einen besonderen religiösen ‚Stand‘ innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen“ definiert, „dem oft auch das spezifische jeden Standes, eine besondere soziale Ehre, innerhalb ihres Kreises zukam“. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage Tübingen 1972 (1922), S. 327; zum Kommunismus als politischer Religion vgl. Klaus-Georg Riedel, Der Marxismus-Leninismus als politische Religion. In: Hans Maier/Michael Schäfer (Hg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band II, Paderborn 1997, S. 75–128.
 - 13 Vgl. dazu Barbara Könczöl, Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt a. M. 2008.
 - 14 Wolfgang Engler, Die Unwirklichkeit des Realen. In: ders., Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt a. M. 1992, S. 62–87, hier 69 f. Vgl. dazu auch Jan Palmowski, Citizenship, Identity and Community in the GDR. In: ders./Geoff Eley (Hg.), Citizenship and National Identity in Twentieth-Century Germany, Stanford 2008, S. 73–91.

kämpferbund – das große historische Vorbild der Kampfgruppen – über die Parteigrenzen hinausreichende Mobilisierungserfolge errang.¹⁵

Infolge von Vernichtungskrieg und völligem Zusammenbruch des NS-Regimes war es insbesondere die pazifistische Rhetorik der SED, die in der ostdeutschen Gesellschaft noch am ehesten politisches Konsenspotential besaß.¹⁶ Für den Westen ist im Zusammenhang mit der Remilitarisierung des Landes der Begriff vom „gekränkten Staatsbürgertum“ geprägt worden, und es gibt trotz der unermüdlchen „Aufbau“-Rhetorik gute Gründe anzunehmen, dass es sich in der DDR diesbezüglich wenig anders verhielt.¹⁷ Zahllose Menschen waren misstrauisch, sich abermals für politische Projekte welcher Art auch immer instrumentalisieren zu lassen und verspürten ein starkes Bedürfnis nach „Sicherheit“,¹⁸ während die Kampfgruppen demgegenüber gewissermaßen den Ausnahmezustand in Permanenz repräsentierten.¹⁹

Dass hiermit kein abstraktes Szenario gemeint war, hatte der Aufstand vom 17. Juni 1953 gezeigt, der nicht zuletzt den Anlass zur Gründung der Kampfgruppen bildete. Die kanonische Deutung des Aufstandes als „faschistischer Putschversuch“ konnte über das Zerwürfnis von Partei und Klasse nur unzureichend hinwegtäuschen und ignorierte, dass auch im selbsternannten „Arbeiter- und Bauern-Staat“ das Streben nach Autonomie – mithin gegenüber der eigenen „Avantgarde“ – konstitutiv blieb.²⁰ „Wir wünschen selbstverständlich eine

-
- 15 Zu den „letzten Revolutionären“ und ihren biographischen Hintergründen vgl. Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge, Mass. 2003; zum Roten Frontkämpferbund vgl. Kurt G. P. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929: Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975.
 - 16 Holger Stoecker, „Stalin, das ist der Frieden!“ – Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die friedenspolitische Propaganda in der DDR. In: Dieter Vorsteher (Hg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1996, S. 395–405.
 - 17 Vgl. Corey Ross, „Wird der Friede nicht an der Werkbank verteidigt?“ Die Soldatenwerbung in der DDR in den 50er und 60er Jahren. In: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004, S. 439–457.
 - 18 Hans Braun, Das Streben nach „Sicherheit“ in den 1950er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen. In: AfS, 18 (1978), S. 279–306. Vgl. auch Gottfried Niedhart, „Soviel Anfang war nie“ oder: „Das Leben und nichts anderes“ – deutsche Nachkriegszeiten im Vergleich. In: ders./Dieter Riesenberger (Hg.), *Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945*, München 1992, S. 11–38. Zum Begriff des „gekränkten Staatsbürgertums“ vgl. Michael Geyer, *Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen*. In: Klaus Naumann (Hg.), *Nachkrieg*, Hamburg 2001, S. 267–318.
 - 19 Vgl. dazu Tilmann Siebeneichner, „Ausnahmezustand“ und alltägliche Staatlichkeit im Sozialismus. Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. In: Jana Osterkamp/Joachim von Puttkamer (Hg.), *Sozialistische Staatlichkeit*, München 2012, S. 91–114.
 - 20 Vgl. Christoph Kleßmann/Arnold Sywottek, *Arbeitergeschichte und DDR-Geschichte. Einige Bemerkungen über Forschungsperspektiven*. In: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter in der SBZ-DDR*, Essen 1999, S. 897–905.

Arbeiterregierung und keinen Adenauer“, erklärten im Nachhinein Arbeiter im Bezirk Halle – der zu den Zentren des Aufstandes gezählt hatte –, bestanden aber darauf, dass „das Wort des Arbeiters von unserer Arbeiterregierung gehört werden“²¹ müsse.

Tatsächlich war der Bezirk Halle, Kerngebiet des „roten Herzens“, das für seine rebellischen Bewohner berühmt bzw. berüchtigt war, schon zu Zeiten der Weimarer Republik eine Hochburg der kommunistischen Bewegung gewesen.²² Sich zum Zweck einer Untersuchung der Kampfgruppen diesem Gebiet zu widmen, in dem die vielbeschworenen kämpferischen Traditionen der SED durchaus zum lokalen Erinnerungshaushalt gehörten, verspricht Aufschluss über „eigensinnige“ Aneignungen und Auslegungen der „militärpolitischen“ Vorgaben „von oben“ und trägt solchermaßen dem Vorsatz Rechnung, Herrschaftsgeschichte auch in der Diktatur nicht als machtpolitische Einbahnstraße, sondern als „soziale Praxis“ zu begreifen und zu untersuchen.²³ Eine Untersuchung der „militärpolitischen Arbeit“ – wie die Kampfgruppen-Ausbildung auch genannt wurde – vermag auf diese Weise zu rekonstruieren, wie an der gesellschaftlichen Basis zentrale, aber eben auch durchaus widersprüchliche Leitwerte der kommunistischen Ideologie – Elitenbewusstsein contra Egalitarismus, Pazifismus contra Militanz, Spontaneität contra „Durchherrschaft“ – vermittelt und verhandelt wurden und kann damit zu einem tiefergehenden Verständnis der „konstitutiven Widersprüchlichkeit“²⁴ der DDR beitragen.

-
- 21 Angelika Klein, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Potsdam 1993, S. 25. Vgl. dazu auch Udo Grashoff, Bezirk Halle: Aufruhr im „blutroten Herzen“ Deutschlands. In: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 133–156.
- 22 Vgl. dazu Karl-Heinz Leidigkeit/Jürgen Hermann, Auf leninistischem Kurs – Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg bis 1933. Hg. von der SED-BL Halle und der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Halle 1979; Monika Gibas, Das „Rote Mansfeld“ in der Erinnerungskultur der DDR. In: Justus H. Ulbricht (Hg.), Deutsche Erinnerungslandschaften II: „Rotes Mansfeld“ – „Grünes Herz“, Halle 2005, S. 41–65.
- 23 Vgl. dazu Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 2003; Jens Gieseke (Hg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 167–186.
- 24 Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: GG, 1 (1998), S. 110–131. Zum Begriff der „Durchherrschaft“ vgl. Alf Lüdtke, Helden der Arbeit – Mühen beim Arbeiten. Zur missmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 188–213.

I. „Arbeiter schützen ihre Betriebe“? „Sicherheit“ und ihre spezifischen Lesarten in den 1950er Jahren

Unter der Losung „Arbeiter schützen ihre Betriebe“ begann ab 1954 der systematische Aufbau von Kampfgruppen-Einheiten in allen VEBs, LPGs und MTS der DDR. „Lernt bei Euren [sic!] steten Gedenken an die Opfer der Märzkämpfe, lernt aus den Erfahrungen der Veteranen von 1921 und aus den Kämpfen unserer Partei bis zum heutigen Tag, dass ihr die Reihen der Kämpfer rein haltet von Agenten des Feindes, von Spionen und Spitzeln. Wartet nicht, bis der Feind Euch im Werk hintergeht und überfällt wie 1921. Sucht den Feind auf, wo er sich gegen Euch vorbereitet“,²⁵ gab der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Bernard Koenen, in Halle den lokalen Einheiten mit auf den Weg. Illustrieren seine Worte die geschichtspolitischen Vorgaben der SED, lokale „kämpferische“ Traditionen aufzugreifen und sich in sie einzuschreiben, präsentierten sich die Kampfgruppen des Bezirks Halle in der Tat anlässlich des 35. Jubiläums der „Märzaktion“ erstmalig in der Öffentlichkeit. Die Begeisterung, mit der die neuformierte Arbeitermiliz im März 1956 etwa an den Orten begrüßt wurde, die 1921 zu den Brennpunkten des Aufstandes gezählt hatten²⁶ – in Eisleben marschierten die Kampfgruppen durch die alten Arbeiterviertel und sangen proletarische Kampflieder, begleitet von begeistert zuwinkenden und Fahnen schwenkenden Einwohnern – spricht dafür, dass diese Tradition auch über 30 Jahre später noch durchaus lebendig war.²⁷ Nicht zuletzt marschierte im März 1956 auch eine ganze Reihe sogenannter „Arbeiterveteranen“ in den Reihen der Kampfgruppen mit, die bereits an den bewaffneten Auseinandersetzungen der 1920er Jahre teilgenommen hatten.

Ein Bericht der Hauptverwaltung der DVP stellte im Juli 1955 fest, dass es sich bei denjenigen, die sich den Kampfgruppen angeschlossen hätten, „zum größten Teil um Genossen im Alter von 50–60 Jahren“²⁸ handele. Auch wenn das Mindestalter zum Beitritt vergleichsweise hoch lag – Kämpfer hatten mindestens 25 Jahre alt zu sein; ein Grund dafür findet sich nirgendwo dargelegt, zu

25 Von den Märzkämpfen 1921 und Leuna 1954, Redemanuskript, undat. (SAPMO-BArch, FBS 158/19257, Bl. 140 und 155).

26 Zur „Märzaktion“ vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a. M. 1986; Tilmann Siebeneichner, Die Wirkungsmächtigkeit der Gewalt. Zu Georges Sorels „Mythos der Gewalt“ in der politischen Kultur der frühen Weimarer Republik. In: IWK, 42 (2006) 4, S. 468–488.

27 Bericht über die durchgeführten Kreisappelle vom 5. 3. 1956 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 95, Bl. 50); Entwicklung der Kampfgruppenarbeit im Bezirk Halle, undat. (SAPMO-BArch, FSB 158/19251, Bl. 101 f.). Vgl. auch Retorte und Gewehr. Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Hg. von der Kommission Betriebsgeschichte der SED-KL VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, o. J., S. 16.

28 Bericht der Hauptverwaltung der DVP vom 3. 7. 1955 (BArchB, DO1/18.0/17924). Vgl. auch Überprüfung der bisher getroffenen Maßnahmen zur Bildung von Kampfgruppen vom 27. 5. 1955 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 94, Bl. 227).

vermuten ist jedoch, dass man auf diese Weise hoffte, vergleichsweise „reife“ und in ihrem Lebensentwurf gefestigte Personen für die Arbeitermiliz zu rekrutieren –, entsprachen Männer dieses Alters kaum den Anforderungen geeigneter Kämpfer. Dennoch waren gerade sie es, die in bestimmter Hinsicht die von der SED verlangte Vorbildfunktion verkörperten, wie das „Porträt eines Kämpfers“ mit dem Namen Richard Schmidt zeigt: Seit 1928 im Waschmittelwerk Genthin tätig, hatte er zu den „ersten [gezählt], die nach der Zerschlagung des faschistischen Regime [...] den Wiederaufbau des Betriebes in Angriff nahm. [...] Für den Aufbau einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung gab Genosse Schmidt seine ganze Kraft. So war es eigentlich selbstverständlich, dass er von Anfang an Mitglied der Kampfgruppe war.“ Denn nicht nur als Kämpfer hat Richard Schmidt „stets vorbildlich und beispielhaft seinen von der Partei erhaltenen Klassenauftrag erfüllt“; als zeitweiliges Mitglied der BPO-Leitung, als Bezirkstagsabgeordneter, als ehrenamtlicher Beauftragter der Kreisleitung Genthin und als „aktives Mitglied“ der APO-Leitung war er „bekannt für sein prinzipienfestes Auftreten“, wurde dreimal als Aktivist ausgezeichnet und auch die Brigade, in der er wirkte, erhielt zweimal die Auszeichnung „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“.²⁹

Arbeiterveteranen wie Richard Schmidt zeichneten sich dadurch aus, dass sie schon in der Weimarer Republik der organisierten Arbeiterbewegung angehört hatten. Für sie besaß der den Kampfgruppen zugrunde gelegte Zweck, dass nur diejenige Revolution etwas wert ist, die sich auch zu verteidigen wisse, nicht nur eine theoretische, sondern auch und vor allem eine biographisch-erfahrungsgesättigte Dimension. Zugleich – auch das macht das Portrait deutlich – band sie nicht selten eine geradezu „symbiotische“ Beziehung an ihre Partei, ganz wie sie Louis Fürnberg 1950 in seiner Hymne an die SED formuliert hatte: „Was wir sind, sind wir durch sie.“³⁰ Das „Porträt eines Kämpfers“ zeigt, dass es nicht allein die Bereitschaft war, sein Leben für den Schutz des Sozialismus zu lassen, die die Kämpfer zu proletarischen Virtuosen machte – vielmehr war diese Bereitschaft nur die logische Konsequenz einer durch und durch „virtuosen“ Überzeugung, die auf allen Gebieten – wie bei Schmidt im Betrieb und im

29 Vgl. Richard Schmidt – Porträt eines Kämpfers, o. D. (LHAM, Rep P15 Genthin, Nr. IV/C-4/3/165, Bl. 28 f.).

30 Vgl. Könczöl, Märtyrer des Sozialismus, S. 52 f.; hier auch der volle Wortlaut von „Die Partei hat immer recht“: „Sie hat uns alles gegeben. / Sonne und Wind und sie geizt nie. / Wo sie war, war das Leben. / Was wir sind, sind wir durch sie. / Sie hat uns niemals verlassen. / Fror auch die Welt, uns war warm. / Uns schützt die Mutter der Massen. / Uns trägt ihr richtiger Arm. / Die Partei, die Partei, die hat immer recht! / Und, Genossen, es bleibe dabei; / Denn wer kämpft für das Recht, / der hat immer recht. / Gegen Lüge und Ausbeuterei. / Wer das Leben beleidigt, / ist dumm oder schlecht. / Wer die Menschheit verteidigt, / Hat immer recht. / So, aus Leninschem Geist, / Wächst, von Stalin geschweißt, / Die Partei – die Partei – die Partei“. Zum Begriff der „symbiotischen“ Beziehung vgl. Elias Siberski, Untergrund und offene Gesellschaft. Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens, Stuttgart 1967, S. 77.

Bezirkstag – bewiesen wurde und sich dadurch auszeichnete, der Partei auf Gedeih und Verderb verbunden zu sein.

Bemerkenswert an dem Portrait Richard Schmidts ist, dass er neben seinen vielfältigen gesellschaftlichen Verpflichtungen auch ein guter Arbeiter gewesen zu sein scheint. Selbstverständlich bemaß sich insbesondere im selbsternannten „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ der gesellschaftliche Wert eines Individuums an seiner Arbeitseinstellung.³¹ Gerade in dieser Hinsicht schlug den Angehörigen der Kampfgruppen an der gesellschaftlichen Basis jedoch erheblicher Gegenwind entgegen: Sollte die Ausbildung zunächst außerhalb der Arbeitszeit abgehalten werden, erwies sich das sehr bald als wenig praktikabel. Angesichts der Konkurrenzsituation von Arbeit und Ausbildung gerieten diejenigen, die sich den Kampfgruppen anschlossen, darüber jedoch schnell in den Verdacht, lediglich „zu faul“³² zum Arbeiten zu sein.

Ob die Ausbildung der Kampfgruppen – die ab 1956 überwiegend an Wochenenden erfolgte – die Erfüllung des Plansolls tatsächlich beeinträchtigte oder nicht, lässt sich im Einzelnen kaum rekonstruieren. Die Parallelität von Produktion und militärpolitischer Arbeit eröffnete jedoch Handlungsräume, indem sie denjenigen, die letzterer gegenüber negativ eingestellt waren, immer wieder Möglichkeiten bot, Produktion und militärpolitische Arbeit gegeneinander auszuspielen. Etwa in den Kreisen Magdeburg und Salzwedel verwiesen die Vertreter der Volkspolizei auf zahlreiche Betriebe, in denen Kämpfern, die an der Ausbildung teilgenommen hatten, als Konsequenz deren Lohn verweigert wurde.³³ Während die SED und ihre Vertreter die Parole ausgaben, „keine Trennung zwischen Politik und Ökonomie“³⁴ zu machen, insistierten Arbeiter darauf, „dass erst die ökonomischen Probleme gelöst werden“³⁵ müssten, vorher mache die Kampfgruppenausbildung gar keinen Sinn.

Hier kommen durchaus unterschiedliche Wahrnehmungsweisen von Sicherheit zum Ausdruck: Während auf den Kommandohöhen der Macht angesichts eines „Kalten Bürgerkrieges“³⁶ mit seinen immer wiederkehrenden Ausnahme-

31 Vgl. dazu den Abschnitt „Eine arbeiterliche Gesellschaft“. In: Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 173–208.

32 Einschätzung über die Lage der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen im Kreis Hettstedt, undat. (LHASA, SED-KL Hettstedt, Nr. IV/409/252, Bl. 38 und 40).

33 Bericht der SED-KL Salzwedel, undat. (LHAM, Rep P15 Salzwedel, Nr. IV/4/11/212, Bl. 71); vgl. auch Analyse vom 4.11.1959 (LHAM, Rep M24 (1952–1960), Film-Nr. 11, Bl. 124).

34 Protokoll des bisherigen Standes der Kampfgruppenarbeit vom 18.9.1957 (LHAM, Rep P15 Genthin, Nr. IV/4/3/127, Bl. 89).

35 Einschätzung des politisch-moralischen Zustandes des VPKA Hettstedt vom 21.10.1960 (LHASA, SED-KL Hettstedt (1958–1961), Nr. IV/409/252); Jahresberichterstattung des VPKA Magdeburg vom 7.1.1958 (LHAM, Rep M24, BDVP 18, Film-Nr. 16, Bl. 135).

36 Zum Begriff des „Kalten Bürgerkrieges“ vgl. Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 2. Auflage München 2001, Kap. 2: Antifaschismus – Stalinismus – Kalter Bürgerkrieg, S. 21–68.

zuständen Sicherheit vor allem anhand militärischer Kategorien definiert und verstanden wurde, wurde sie an der Basis weit häufiger von der Regel als vom Ausnahmezustand her definiert. Das Verständnis von Sicherheit folgte hier einem sehr viel pragmatischeren Sinn und bezog sich weniger auf potentielle Auseinandersetzungen mit dem „Klassenfeind“ als vielmehr auf einen geregelten und berechenbaren Produktionsablauf, in den 1950er Jahren angesichts fortgesetzter Demontagen und fehlender Ressourcen noch keine Selbstverständlichkeit.³⁷

Dass denjenigen, die sich den Kampfgruppen anschlossen, leichthin unterstellt wurde, lediglich zu faul zum Arbeiten zu sein, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Akzeptanz des „unmittelbar bewaffneten Organs der Arbeiterklasse“ an der gesellschaftlichen Basis. Angesichts immer wieder auftauchender Vergleiche der Miliz mit der „faschistischen Werkschar“³⁸ oder Vorwürfen, sie sei eigentlich „gegen die Arbeiter“³⁹ gerichtet, liegt es nahe zu vermuten, dass damit im Rekurs auf das staatssozialistische „public transcript“ Kritik an der Existenz dieser Organisation und ihrer Angehörigen überhaupt artikuliert wurde.⁴⁰ Dass sich jedoch ganze SED-Grundorganisationen gegen die Ausbildung aussprachen, verweist darauf, dass die Bereitschaft, die „sozialistischen Errungenschaften“ auch mit der Waffe in der Hand verteidigen zu wollen, kaum dazu geeignet schien, sich Ehre und Achtung zu erwerben. Die Möglichkeit neuer Kriege war unter der Bevölkerung eher – und anders noch als nach 1918 – dazu angetan, Angst und Beklommenheit zu wecken, als sie in großen Massen für die Politik der SED zu mobilisieren.⁴¹

Obwohl alle Mitglieder und Kandidaten der SED aufgefordert waren, es als „Ehre und Pflicht zu betrachten, in ihren Reihen aktiv an der Zerschlagung der verbrecherischen Machenschaften der faschistischen Untergrundorganisationen

37 Zu den verschiedenen Lesarten von „Sicherheit“ in der DDR der 1950er Jahre vgl. Alf Lütke, „... den Menschen vergessen“? – oder: Das Maß der Sicherheit. Arbeiterverhalten der 1950er Jahre im Blick von MfS, SED, FDGB und staatlichen Leitungen. In: ders./Peter Becker (Hg.), Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 189–222.

38 Analyse über den Stand der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen des Bezirkes Magdeburg vom 15. 9. 1957 (LHASA, MD, Rep M24 [1952–1960], Film-Nr. 11, Bl. 258).

39 Einschätzung der Kampfgruppen-Arbeit vom 29. 7. 1957 (LHASA, BDVP 19, Nr. 96, Bl. 27).

40 Zum Begriff des „public“ bzw. „hidden transcripts“ vgl. James Scott, *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*, New Haven 1990.

41 Vgl. Richard Bessel, *The War to End All Wars. The Shock of Violence in 1945 and Its Aftermath in Germany*. In: Alf Lütke/Bernd Weisbrod (Hg.), *No Man's Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century*, Göttingen 2006, S. 69–99; zur Situation nach 1918 vgl. Bernd Weisbrod, *Die Politik der Repräsentationen. Das Erbe des Ersten Weltkrieges und der Formwandel der Politik in Europa*. In: Hans Mommsen (Hg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln 2000, S. 13–43.

[...] und damit am Schutze unserer Partei und unserer Republik“⁴² teilzunehmen, blieben die Mobilisierungserfolge überwiegend hinter den Erwartungen zurück. Die Rekrutierung „politisch zuverlässiger, aktiver und körperlich geeigneter“ Freiwilliger war den Grundorganisationen der SED vor Ort übertragen worden, die sich daneben auch um die Vorbereitung und Organisation der Ausbildung sowie deren regelmäßige Durchführung zu kümmern hatten.⁴³ Mit Bestürzung wurden auf den Kommandohöhen jedoch vielerorts Erscheinungen wie im Kreis Wanzleben registriert, wo es eine gesamte Betriebsleitung – „alles Genossen unserer Partei“ – aus „pazifistischen“⁴⁴ Gründen ablehnte, den Kampfgruppen beizutreten.

Vielfach rekurrerten Arbeiter im Zusammenhang mit den Werbungen für die Kampfgruppen auf den von der SED selbst ausgegebenen, gegen die Aufrüstung im Westen gerichteten Slogan, dass der Friede an der Werkbank verteidigt werde.⁴⁵ „Die Partei habe bis 1950 immer erklärt, niemals wieder einen Krieg [vom Zaun zu brechen; T. S.] und deshalb nehme er auch kein Gewehr mehr in die hand [sic!]“, argumentierte etwa ein Magdeburger Arbeiter mit direkter Bezugnahme auf die pazifistische Rhetorik der SED.⁴⁶ Inwiefern häufig zu hörende Verweigerungen wie „Ich nehme kein Gewehr mehr in die Hand“ oder „Gewehr ist gleich Gewehr“⁴⁷ tatsächlich auf den Eindruck des letzten Krieges zurückzuführen waren oder lediglich vorgeschoben wurden, um sich der militärpolitischen Verpflichtung und den damit verbundenen Zumutungen – zumal in der angespannten Situation infolge des Juni-Aufstandes, in der die Mobilmachung leicht den Eindruck einer höchst unpopulären Militarisierung der betrieblichen Sphäre erwecken konnte – zu entziehen, ist im Nachhinein schwer zu ermitteln. Sie zeigen jedoch, wie Arbeiter politische Vorgaben gegen die eigene Führung wendeten.

Hatte die SED mit über einer halben Million potentieller Kämpfer kalkuliert, sollte die Mitgliederstärke der Kampfgruppen über die gesamte Zeit ihrer Existenz ziemlich konstant bei ungefähr 300 000 Angehörigen liegen. Nicht nur der noch nicht lange zurückliegende Aufstand vom Juni 1953 und die immer noch spürbaren Kriegsfolgen und -ängste hatten daran ihren Anteil, sondern mancherorts auch die Kämpfer selbst. Man kam etwa in den Leuna-Werken, die für ihre radikale und aktive Belegschaft bekannt waren, überein, dass „nur die besten

42 Beschlussprotokoll des ZK-Sekretariats vom 9.12.1953 (SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/410, Bl. 9).

43 Befehl des Ministers des Innern Nr. 4/57 vom 10. 1. 1957 (BStU, MfS-BdL, Nr. 50090, Bl. 5).

44 Situationsbericht über die Arbeit der Kampfgruppen im Kreis Wanzleben vom 29.7.1954 (LHAM, Rep P13, Nr. IV/2/12/03).

45 Vgl. dazu Ross, Soldatenwerbung.

46 Analyse über den Stand der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen im Bezirk Magdeburg vom 15.9.1957 (LHAM, Rep M24, BDVP 18, Film-Nr. 83, Bl. 258).

47 Einschätzung der Kampfgruppenarbeit vom 12.7.1956 (LHASA, BDVP 19, Nr. 96, Bl. 26).

geeigneten Genossen Angehörige der Kampfgruppen werden [konnten]“,⁴⁸ erinnerte sich der Sekretär der SED-BPO. Wer zu den „besten Genossen“ gezählt werden sollte, war jedoch von Anfang an umstritten. In Leuna und anderswo war die Parteizugehörigkeit offenbar eine unverzichtbare Bedingung, beschränkten sich die Rekrutierungsaktivitäten der lokalen Parteiorganisationen hier doch zunächst ausschließlich auf SED-Mitglieder.⁴⁹ Obwohl die SED ausdrücklich vorgegeben hatte, auch Nicht-Parteimitglieder für die Kampfgruppen zu rekrutieren, sollte sich an ihrem Beispiel – wie ehemals am Roten Frontkämpferbund – „das Klassenbewusstsein und die Kampfbereitschaft der ganzen Arbeiterschaft“⁵⁰ stärken und festigen.

Jedoch schien es selbst mit dem „Klassenbewusstsein“ der Arbeiterveteranen nicht weit her zu sein: „Unseren Genossen [...] muss man sagen, dass sie nicht nur für Aufmärsche da sind, sondern dass zum Schutz unserer Heimat auch eine Ausbildung gehört“, konstatierte die SED-Kreisleitung Genthin im Juli 1957.⁵¹ Schon im Anschluss an den Generalappell hatte ein Bericht der Abteilung für Ausbildung und Schulung der Bezirksleitung Halle ein „merkliches Nachlassen, vor allen Dingen in der Beteiligung der Ausbildung“⁵² festgestellt. Offenbar hatten zahllose Kämpfer insbesondere wegen des außergewöhnlichen Ereignischarakters und der damit einhergehenden öffentlichen Anerkennung und Aufwertung des kämpferischen Engagements am Generalappell teilgenommen, sich kontinuierlich an der Ausbildung zu beteiligen lag ihnen hingegen fern. Tatsächlich bestand ein Problem darin, die Basis von der Notwendigkeit einer regelmäßigen Ausbildung zu überzeugen. Wenn Arbeiter demgegenüber einwandten, dass sie „ein Gewehr [...] auch ohne dem [sic!] in die Hand nehmen“⁵³ könnten, wie die Volkspolizei Hallenser Arbeiter zitierte, ist dies nicht unbedingt als grundsätzliche Ablehnung gegenüber der Mitarbeit in den Kampfgruppen zu lesen. Einerseits mussten die Funktionäre immer wieder einräumen, dass viele

48 Retorte und Gewehr, S. 14; Protokoll über kollektive Auswertung des Kurzlehrgangs vom 15.-17. 6. 1954 (LHASA, SED-KL Leuna, Nr. IV/412/298, Bl. 49 f.).

49 Vgl. etwa Situationsbericht über den Stand der Schaffung von Kampfgruppen vom 15. 4. 1955 (LHASA, SED-KL Merseburg, Nr. IV/414/418); Bericht der SED-KL Saalkreis vom 9. 3. 1954 (ebd.); Bericht über den Stand der Kampfgruppen im VPKA Wittenberg vom 1. 9. 1955 (BDVP Halle 19, Nr. 95, Bl. 12).

50 Hermann Dünow, Der Rote Frontkämpferbund. Die revolutionäre Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1958, S. 92 ff.; allein die Bekleidung von Führungspositionen innerhalb der Kampfgruppen war SED-Mitgliedern vorbehalten; solchermaßen schien sichergestellt zu sein, dass ihr Führungsanspruch jederzeit zuverlässig durchgesetzt werden könne.

51 Bericht über die Stärke und den Ausbildungsstand der Kampfgruppen des Kreises Genthin vom 23. 7. 1957 (LHAM, Rep P15 Genthin, Nr. IV/4/3/127, Bl. 70).

52 Bericht der Abteilung Ausbildung und Schulung vom 3. 4. 1957 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 95, Bl. 235).

53 Überprüfung der bisher getroffenen Maßnahmen zur Bildung von Kampfgruppen vom 27. 5. 1955 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 94, Bl. 227); vgl. auch Bericht über die Kampfgruppe im VEB „Erich Weinert“, Deuben vom 30. 12. 1955 (LHASA, SED-KL Hohenmölsen, Nr. IV/410/222).

derjenigen, die sich in der Miliz engagierten – wie etwa das Beispiel Richard Schmidts zeigt –, auch über die militärpolitische Arbeit hinaus vielfältig „gesellschaftlich“⁵⁴ eingebunden waren. Andererseits konnten Aussagen, wie sie auch Magdeburger Arbeiter zu Protokoll gaben – die wohl ihre Bereitschaft zur Verteidigung der „sozialistischen Errungenschaften“ beteuerten, „aber erst, wenn es soweit wäre“⁵⁵ –, ein milieuspezifisches Selbstbewusstsein artikulieren, das auf seine Weise eine lokalistisch orientierte Variante des „revolutionären Kampfes“ reflektierte: ein Hang zu „direkter Aktion“, der in Momenten unmittelbarer physischer Bedrohung von spontanen Mobilisierungsprozessen getragen wurde, war charakteristisch für die Arbeiterschaft des „roten Herzens“ in den 1920er Jahren, konnte also durchaus auf einem spezifisch-regionalen Erfahrungshaushalt beruhen.⁵⁶

Wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik war die Einheit von Avantgarde und Basis, zumal nach dem 17. Juni 1953, eher ein Zusammenhang der Schwäche als einer der Stärke.⁵⁷ Deutlich sollte geworden sein, dass die Widerstände gegenüber der Etablierung eines „unmittelbar bewaffneten Organs der Arbeiterklasse“ an der Basis erheblich und vielfältig waren. Es war insbesondere die Stilisierung der Kämpfer zu proletarischen Virtuosen, welche die „arbeiterliche“ Basis herausforderte (und auf ihre Weise das Vorhandensein eines „Klassenbewusstseins“ spiegelte, das mit dem Verständnis dieses Begriffes, wie es auf den Kommandohöhen postuliert wurde, nur bedingt übereinstimmte): Ganz gleich ob Kämpfer nun vorbildliche „Aktivisten“ oder unzuverlässige Kollegen waren – in beiden Fällen untergruben sie eine normativ aufgeladene, egalitär konnotierte Solidargemeinschaft und drohten sich damit zu Außenseitern in der betrieblichen Lebenswelt zu machen.⁵⁸

54 Vgl. Bericht über den Stand der Kampfgruppen vom 12.10.1955 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 95, Bl. 17); Bericht Nr. 41/55 vom 1.9.1955 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 95, Bl. 12).

55 Analyse über den Stand der Einsatzbereitschaft und Ausbildung der Kampfgruppen im Bezirk Magdeburg vom 15.9.1957 (LHAM, Rep M24, BDVP 18, Film-Nr. 83, Bl. 258).

56 Vgl. dazu Hans-Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923: Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*. Aktualisierte und mit einem Nachwort versehene Neuauflage Darmstadt 1993 (1969); Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

57 Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling (Hg.), *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991, S. 54 f.

58 Vgl. Peter Hübner, *Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft*. In: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, S. 171–187, bes. 178–182; Birgit Müller, *Sozialismus als Performance: Die Repräsentation des Politischen im volkseigenen Betrieb*. In: Andreas Pribersky/Berthold Unfried (Hg.), *Symbole und Rituale des Politischen. Ost- und Westeuropa im Vergleich*, Frankfurt a. M. 1999, S. 103–117. In praktischer Hinsicht trug zur Gefahr einer drohenden Isolierung sicherlich auch die Anweisung bei, in der Kampfgruppe mitar-

Als Zumutung wahrgenommene Einmischungen wurden auch nach dem Juni 1953 nicht tatenlos hingenommen, und die militärische Ausbildung und Disziplinierung der betrieblichen Basis zählte offensichtlich dazu. Manifestierte sich in derartigen Haltungen die Fortführung einer Tradition, die schon in der Weimarer Republik wirksam gewesen war, trat nach 1945 jedoch noch etwas anderes hinzu: Zum zehnjährigen Jubiläum der DDR, das gemäß der Erinnerungspolitik der SED als „das Ergebnis des mehr als 60-jährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse“ zu feiern sei,⁵⁹ wurde auch die Einführung eines feierlichen Gelöbnisses für die Angehörigen der Kampfgruppe beschlossen, um ihnen „stärker als bisher“ vor Augen zu führen, „welch' hohe Verantwortung sie in den Betrieben und für die Sicherung der Arbeiter-und-Bauernmacht tragen“ und „welch' großes Vertrauen die Arbeiterklasse und ihre Partei in sie setzt“.⁶⁰

Intendierte die Einführung des Gelöbnisses, den Anspruch einer „symbiotischen“ Beziehung von Avantgarde und (bewaffneter) Klasse zu bestärken – wie nicht zuletzt die zentrale Passage des Gelöbnisses, in erster Linie „die Weisungen der Partei zu erfüllen“ und erst nachstehend die „Deutsche Demokratische Republik“ und ihre „sozialistischen Errungenschaften“⁶¹ zu schützen, zum Ausdruck brachte –, verweisen Aussagen wie die eines Hallenser Kämpfers, der zwar an der Vorbereitung des Gelöbnisses teilgenommen hatte, „nach dem Antreten zum Appell die Ablegung des Gelöbnisses mit der Begründung, dass er freibleiben wolle“⁶² jedoch verweigerte, auf eigensinnige Distanz gegenüber dem Parteiregime der SED.⁶³ Dass die Kampfgruppen vielfach mit Partisanen

beitende „Werkstätige“ von anderen „gesellschaftlichen Tätigkeiten“ zu entbinden. Vgl. Protokoll der Abteilungsleiterbesprechung vom 23. 3. 1964 (LHAM, Rep M24, BDVP Magdeburg (1961–1975), Film-Nr. 167). Zwar kam man damit dem Ansinnen vieler Kämpfer entgegen, die wiederholt über die gesellschaftliche Mehrbelastung geklagt hatten, drohte jedoch gleichermaßen einen Prozess der gesellschaftlichen Isolierung zu befördern.

- 59 Arbeitsmaterial zum Gelöbnis der Kampfgruppen, undat. (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 98, Bl. 98 ff.). Zum 10-jährigen DDR-Jubiläum vgl. Monika Gibas, „Deckt alle mit den Tisch der Republik“. Regie und Dramaturgie des DDR-Dezenniums am 7. Oktober 1959. In: dies./Dirk Schindelbeck (Hg.), „Die Heimat hat sich schön gemacht ...“. 1959: Fallstudien zur deutsch-deutschen Propagandageschichte, Leipzig 1994, S. 49–68.
- 60 „Einheitliches Gelöbnis für die Kampfgruppen“. In: Der Kämpfer, 3 (1959) 6 (Juni), S. 1.
- 61 Der volle Wortlaut des Gelöbnisses lautete: „Ich bin bereit, als Kämpfer der Arbeiterklasse die Weisungen der Partei zu erfüllen, die Deutsche Demokratische Republik, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich!“; Getreu dem Gelöbnis. Ausschnitte und Berichte aus der Arbeit der Kampfgruppen des VEB Filmfabrik Wolfen. Hg. von der SED-BPO und dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Wolfen 1969, S. 20.
- 62 Vgl. Bericht über die Durchführung des Gelöbnisses, undat. (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 98, Bl. 97).
- 63 Bericht der Bezirksbehörde der DVP Halle vom 5. 10. 1959 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 98, Bl. 96).

verglichen wurden – und nach allgemeiner Auffassung „einmal aufgehängt“⁶⁴ bzw. zur Rechenschaft gezogen würden, „falls es einmal anders käme“⁶⁵ –, scheint bezeichnend für ein „gekränktes Staatsbürgertum“, das nach 1945 keinem politischen Projekt sein unbeschränktes Vertrauen mehr zu spenden bereit war und von in erster Linie individuellen und nicht mehr kollektiven Wünschen nach einem „anständigen Auskommen“ getragen wurde. Zeigt sich hier, wie prekär die Stabilität der DDR zu dieser Zeit noch wahrgenommen wurde, wurde auch deutlich: Was in der Weimarer Republik noch als Ausweis ultimativer politischer Gesinnung gegolten hatte, taugte nach 1945 kaum noch zur Etablierung und Profilierung einer lokalen Elite.

II. Zwischen Alltagsfrust und Statusverlust: Kampfgruppen im Schatten des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus“

Das sollte zumal in den 1960er Jahren deutlich werden. Obwohl die Kampfgruppen im Rahmen der Absperrmaßnahmen, die im August 1961 den Bau der Berliner Mauer einleiteten, an vorderster Front zum Einsatz kamen – und dafür von der SED-Presse als „Vorposten auf Friedenswacht“⁶⁶ gerühmt wurden – schlug ihnen angesichts veränderter politischer Orientierungen ein scharfer Wind entgegen. Vor dem Hintergrund der von Ulbricht proklamierten „wissenschaftlich-technischen Revolution“ war es weniger der mit Maschinenpistolen bewehrte Kämpfer als der mit Zeichenstift und Rechenschieber hantierende Ingenieur, der zum zeitgenössische Leitbild eines idealen Werktätigen avancierte.⁶⁷

Die Kampfgruppen stießen nicht nur deshalb an die Grenzen ihres Leistungsvermögens, weil im Schatten einer scheinbar wissenschaftlich fundierten Euphorie von Planbarkeit und Professionalität Standards postuliert wurden, die sich nicht mehr nur an „Enthusiasmus“ und „Dilettantismus“⁶⁸ sondern zunehmend

64 Analyse über den Stand der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen im Bezirk Magdeburg vom 15.9.1957 (LHAM, Rep M24, BDVP 18, Film-Nr. 83, Bl. 258). Vgl. auch Bürovorlage der SED-KL vom 22.4.1955 (LHASA, BDVP Halle 19, Nr. 95).

65 [Bericht über] die Aktion „Friedensfest“ vom 19.10.1959 (BStU, ZAIG, Nr. 226, Bl. 73).

66 „Vorposten auf Friedenswacht“. In: Der Kämpfer, Sonderausgabe vom August 1961, S. 1.

67 Peter Hübner, Menschen – Macht – Maschinen. Technokratie in der DDR. In: ders. (Hg.), Eliten im Sozialismus, S. 325–360; Sigrid Meuschel, Symbiose von Technik und Gemeinschaft. Die Reformideologie der SED in den sechziger Jahren. In: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart 1995, S. 203–230; vgl. dazu auch Peter Zimmermann, Industrieliteratur der DDR. Vom Helden der Arbeit zum Planer und Leiter, Stuttgart 1984.

68 Vgl. Eckart Pankoke, Zwischen „Enthusiasmus“ und „Dilettantismus“. Gesellschaftlicher Wandel freien Engagements. In: Ludgera Vogt/Arnold Zingerle (Hg.), Ehre. Archaische Momente in der Moderne, Frankfurt a. M. 1994, S. 151–171.

an professionellen militärischen Expertenkulturen orientierten – noch vor dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ räumten selbst DDR-Historiker eine Überbewertung der militärischen Momente in den 1960er Jahren ein,⁶⁹ die in der Teilnahme von Kampfgruppen-Einheiten an Manövern des Warschauer Paktes kulminierten. Die 1960er Jahre stellten ihr Selbstverständnis auch deshalb auf eine harte Probe, weil zahllose Arbeiterveteranen der ersten Stunde altersbedingt aus dem Dienst ausschieden. Geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren erwies sich jedoch als schwierig.

„Ich gehe lieber zur Sonderschicht [,] die bekomme ich bezahlt, plus 5,00 Mark zur Jahresendprämie. Weiterhin habe ich mein freies Wochenende“, waren Gründe, die das VPKA Klötze im Hinblick auf die „Bewertung der gesellschaftlichen Tätigkeit in den Kampfgruppen“⁷⁰ Anfang 1971 notierte. Empörten sich die lokalen Parteifunktionäre im Waschmittelwerk Genthin darüber, dass ein Kämpfer, der für einen Kommandeurs-Lehrgang vorgesehen war, stattdessen ein Fernstudium aufgenommen hatte, agierte dieser Kämpfer durchaus im Sinne der gesellschaftspolitischen Vorgaben, wurde die zeitgemäße „allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit“⁷¹ doch als eine Person vorgestellt, die aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnahm und ihre Energien sinnvoll zur individuellen Aus- und Weiterbildung nutzte. Ausschlaggebend für die Empörung der lokalen Funktionäre war jedoch, dass er einer ehrenamtlichen Tätigkeit eine Tätigkeit vorzog, die langfristig auch materielle Vorteile versprach und ihm den Verdacht eintrug, allein an „seine[r] persönliche[n] Entwicklung“⁷² interessiert zu sein.

Wenn SED-Funktionäre wie im VEB Maschinenbau Burg argumentierten, dass „die Kampfgruppen-Ausbildung [...] auch eine Form der Qualifizierung“⁷³ sei, ignorierten sie auf diese Weise die Konkurrenz zweier tendenziell gegenläufiger Karriereoptionen:⁷⁴ Weiterbildungen im Rahmen der militärpolitischen Arbeit versprachen zwar einen Aufstieg innerhalb der Kampfgruppen; der Aussicht, auf diese Weise einer ohnehin nur ehrenamtlichen Tätigkeit immer zeitintensiver verpflichtet zu sein, stand jedoch die Chance wachsender Verdienstmöglichkeiten durch berufsqualifizierende Überstunden und Weiterbildung gegenüber – weniger „Ehre“ als wachsendes „materielles Interesse“ schien das gesellschaftspolitische Engagement der „Vielen“ zu bestimmen.

69 Vgl. Josef Gabert/Herbert Nicolaus, Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR. Entstehung und Entwicklung. In: Militärgeschichte, 28 (1989), S. 473–482, hier 478.

70 Einschätzung der Ausbildung der Kampfgruppen-Einheiten im 1. Ausbildungsabschnitt 1971, o. D. [1971] (LHAM, Rep M24 [1961–1975], Nr. 1518).

71 Meuschel, Symbiose von Technik und Gemeinschaft, S. 219 f.

72 Protokoll der Arbeitsberatung vom 21.1.1965 (LHAM, Rep P13, Nr. IV/A-2/12/917, Bl. 33 f.).

73 Protokoll über die am 20.1.1968 durchgeführte Leitungssitzung (LHAM, Rep P18, SED-BPO VEB Maschinenbau Burg, Nr. IV/B-7/7/3).

74 Vgl. Jahresbericht des VPKA Klötze über die Arbeit mit den Kampfgruppen vom 8.7.1964 (LHAM, Rep M24 [1961–1975], Nr. 1253, Bl. 7).

Das bereits bekannte Dilemma zwischen ökonomischer Planerfüllung auf der einen und militärpolitischer Arbeit auf der anderen Seite hatte sich durch die Einführung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Lenkung“ (NÖSPL) nicht verändert, sondern zugespitzt: „Wenn wir die Erfüllung unser ökonomischen Aufgaben als die ‚Hauptfront‘ unseres Kampfes ansehen, so können wir jedoch niemals die anderen ‚Frontabschnitte‘ vernachlässigen“,⁷⁵ stellten die „Kommandohöhen“ weiterhin klar. Der Vorgabe, dass aus diesem Grund der Gesamtplan eines Betriebes erst dann erfüllt sei, wenn auch der Ausbildungsplan der Kampfgruppen erfüllt sei – wie es beispielhaft eine zeitgenössische Losung aus dem Baustoffkombinat Bitterfeld propagierte⁷⁶ – konnten jedoch nicht alle Wirtschafts- und Parteifunktionäre folgen. Der „technokratische Impuls“ eröffnete ihnen in der betrieblichen Praxis die Möglichkeit, technischen und wirtschaftlichen Rationalitätskriterien den Vorzug gegenüber machtpolitischen Zielsetzungen geben zu können.⁷⁷ Nun, da auch von den Parteifunktionären verlangt wurde, nicht mehr nur „gute Marxisten-Leninisten“, sondern zugleich „richtige Fachleute“⁷⁸ zu sein – wie es Walter Ulbricht programmatisch im Hinblick auf das NÖSPL formuliert hatte –, war ihnen auf der Mikroebene des Betriebes genug Macht eingeräumt worden, den Prioritäten-Konflikt von Politik und Ökonomie zum eigenen Vorteil zu wenden und die militärpolitische Durchdringung der Produktion zu unterlaufen.

Wenn Funktionäre bei besonderen Anlässen und Feierlichkeiten abseits standen und „sich über die demonstrierenden Kampfgruppen lustig machen mit dem Bemerkten ‚ohne mich‘“⁷⁹ wie die Bezirksbehörde der Volkspolizei in Magdeburg registrierte, wurde auch den Kämpfern deutlich, wie wenig Anerkennung – von Unterstützung ganz zu schweigen – ihr Engagement fand. In diesem Sinne brachten Kämpfer in Seehausen zum Ausdruck, dass ihre Tätigkeit nur von solchen „Genossen“ geleistet werden müsste, die weniger als 500 Mark Monatslohn verdienten; „wer darüber hat, bei dem ist es nicht unbedingt erforderlich“.⁸⁰ Kritische Fragen wie „Weshalb sind jetzt so wenig Leitkader des Betriebes in den Kampfgruppen?“ und nicht minder bezeichnende Forderungen von Kämpfer-Seite, „hier einen verstärkten Hebel ansetzen“, wie auch danach,

75 „Wofür du deine Waffe trägst (I)“. In: Der Kämpfer, 13 (1968) 9 (September), S. 3.

76 Jahresbericht der Kampfgruppen 1961/62 vom 10. 4. 1962 (LHASA, SED-KL Bitterfeld, Nr. IV/404/360, Bl. 18).

77 Hübner, Technokratie in der DDR, S. 339.

78 So Walter Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin (Ost) 1966, S. 146. Zur Genese des NÖSPL vgl. im Einzelnen Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997; André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

79 Bericht der BDVP Magdeburg vom 12. 5. 1959 (LHAM, Rep P15 Salzwedel, Nr. IV/4/11/212, Bl. 44).

80 Protokoll der Arbeitsberatung der BDVP in Stendal vom 21. 1. 1965 (LHAM, Rep P13, Nr. IV/A-2/12/917, Bl. 36).

dass „der Parteisekretär [...] sich auch ruhig mal eine Uniform anziehen und mit den Kämpfern an einer Ausbildung teilnehmen [könnte], um so besseren Kontakt zu bekommen“, wie sie anlässlich einer Aussprache der 909. Hundertschaft Güssen im Kreis Genthin im April 1966 artikuliert und „von den meisten Genossen“⁸¹ geteilt wurden, verweisen auf die offensichtlich weit verbreitete Wahrnehmung, dass der Kampfgruppen-Dienst nur eine Sache des „kleinen Mannes“ sei und in Zeiten der umfassenden Ausgestaltung des Sozialismus von nachrangiger Bedeutung war.⁸²

Bisweilen unverhohlener Hohn, unzureichende Nachwuchsgewinnung, kaum Rückendeckung durch die Funktionäre und nicht zuletzt eine bis weit in die 1960er Jahre hinein mangelhafte Ausrüstung waren kaum dazu angetan, den Angehörigen der Kampfgruppen das Gefühl zu vermitteln, einer gesellschaftlichen Elite anzugehören. Ein exzessiver Genuss von Alkohol während der Ausbildung schien da wenig verwunderlich. Massiver Alkoholkonsum war ein in der DDR weit verbreitetes und auch toleriertes Phänomen, nicht nur in den bewaffneten Organen⁸³: Trinken, insbesondere auch während der Arbeitszeit, betonte weithin gängige Selbstentwürfe staatssozialistischer Männlichkeit,⁸⁴ fungierte aber auch als Mittel gegen Alltags- bzw. Ausbildungsfrust.⁸⁵ Als Rausch- und Genussmittel wird Alkohol aufgrund seines archaischen Kontrollverlusts auch gefürchtet. In gewaltbereiten Männerbünden kommt ihm hingegen gerade wegen seiner enthemmenden und aggressionssteigernden Wirkung zentrale Bedeutung zu.⁸⁶

Tatsächlich häuften sich in den 1960er Jahren Berichte über Disziplinarverstöße und unter Alkoholkonsum verursachte Unfälle in den Reihen der Kampfgruppen. Es wurden auch Ausfälle gegenüber der Zivilbevölkerung bekannt, wie in Seddin im Bezirk Potsdam, wo Angehörige der 2. Hundertschaft einen

81 Protokoll einer Aussprache vom 5.4.1966 (LHAM, Rep P15 Genthin, Nr. IV/A-4/3/105, Bl. 33–35); vgl. dazu auch Einschätzung des Standes der KG-Arbeit vom 19.3.1965 (LHAM, Rep P13, Nr. IV/A-2/12/917, Bl. 51).

82 Vgl. Wortbericht zum Abschluss der Ausbildungsperiode 1964/66 vom 29.6.1966 (LHAM, Rep M24 [1961–1975], Nr. 1253, Bl. 76).

83 Vgl. dazu Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 282; Matthias Rogg, Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, Berlin 2008, S. 352–361.

84 Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben: Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 121–124; zum Zusammenhang von Männlichkeit und Trinkfestigkeit vgl. auch Alf Lütke, Männerarbeit – Ost und West. In: Dirk Baecker (Hg.), Archäologie der Arbeit, Berlin 2002, S. 35–47.

85 Paul Brieler, Der Suff im Osten oder Wie man mit Alkohol 17 Millionen Menschen ruhigstellt. In: Psychologie heute, 19 (1992) 12, S. 66–71. Vgl. dazu auch Jan C. Behrends, Rausch und Depression: Alkohol im kommunistischen Polen. In: Arpad von Klimo/Malte Rolf (Hg.), Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen, Frankfurt a. M. 2006, S. 239–254.

86 Jürgen Martschukat/Olaf Sieglitz, Geschichte der Männlichkeiten, Frankfurt a. M. 2008, S. 112; vgl. dazu auch Hasso Spode, Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland, Opladen 1993.

Faschingsball stürmten. Zunächst hatten sie nur selbst an den Feierlichkeiten teilnehmen wollen. Als ihre Anwesenheit jedoch zu Unmut unter den Gästen führte und einige Jugendliche die Kämpfer wegen ihrer Uniformen zu provozieren begannen, entwickelte sich eine „größere Schlägerei“, bei der die verwickelten Kämpfer „zum Teil gewaltsam vom Ereignisort weggeholt werden“⁸⁷ mussten.

Entsprach ein derartiges Verhalten kaum dem, was sich die SED unter proletarischen Virtuosen vorstellte, erschien ebenfalls höchst bedenklich, was die Untersuchung für einen namentlich nicht genannten Kreis im Bezirk Halle im Jahre 1963 zutage förderte: Demnach befanden sich allein unter den Kampfgruppen-Angehörigen dieses Kreises 57 Personen, die wegen „Diebstahls“ verurteilt waren, 16 weitere wegen „Körperverletzung“, jeweils zwölf wegen „Betruges“ und „versuchtem Grenzübertrittes“, sieben wegen „Staatsverleumdung“ und vier wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ – von „Verkehrsdelikten“ (14 Personen) und „Unzucht mit Kindern“⁸⁸ (elf Personen) ganz zu schweigen. Kaum konnten diese Kämpfer als vorbildliche Werktätige durchgehen und auch die SED-Funktionäre vor Ort waren der Meinung, dass diese Personen „deutlichst“ den Beschluss des ZK, in die Kampfgruppen nur „politisch zuverlässige, in ihrem persönlichen Leben einwandfrei auftretende Bürger“ aufzunehmen, verletzen. Umso erstaunlicher ihre Reaktion: Anstatt anzuordnen, diese „verdächtigen Subjekte“ restlos aus der Arbeitermiliz zu entfernen, argumentierten sie, dass sich niemand einbilden solle, „dass in seinem Bataillon so etwas nicht vorhanden ist“.⁸⁹

III. „(W)er ist grau, liegt im Gras und zittert“: Kampfgruppen in der „Ära Honecker“

Vermittelte dieser Bericht den Eindruck, als ob es sich bei den Kampfgruppen weniger um eine gesellschaftliche Elite als um die „Letzten“ innerhalb der betrieblichen Lebenswelt handelte,⁹⁰ erfuhren sie nach dem Machtantritt Erich Honeckers im Mai 1971 jedoch eine erneute öffentliche Aufwertung: „Der Dienst in den Kampfgruppen ist eine Sache der proletarischen Verantwortung, ist ständig neu bewiesene Treue zur Partei, ist Dienst für das Wohl des Volkes, für Frieden und Sozialismus“,⁹¹ pries Honecker das militante Engagement ihrer Angehörigen und leitete unmittelbar nach seinem Machtantritt eine sich über

87 Zit. nach: Koop, *Armee oder Freizeitclub*, S. 139 f.

88 Hinweise über die Arbeit der Parteigruppe vom 2.12.1963 (LHASA, BDVP Halle 19.1, Nr. 360, Bl. 111).

89 Ebd., Bl. 112.

90 Vgl. Petra Clemens, *Die „Letzten“*. Arbeits- und Berufserfahrungen einer Generation Niederlausitzer Textilarbeiterinnen. In: Jürgen Kocka (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 245–262.

91 „Allen voran die Kommunisten!“ In: *Der Kämpfer*, 22 (1978) 12 (Dezember), S. 2.

zwei Jahre hinziehende Kampfgruppen-Reform ein, die den virtuosen Status des „unmittelbar bewaffneten Organs der Arbeiterklasse“ wiederherzustellen bzw. zu sichern suchte, dabei jedoch auch mit einigen grundlegenden Prinzipien der militärpolitischen Arbeit brach. Entscheidend war nun nicht mehr allein individueller Enthusiasmus; zunehmendes Gewicht gewannen spezifische Eignungskriterien pragmatischer wie „politisch-moralischer“ Art, die im Blick auf den Virtuosen-Status, den man den Angehörigen der Arbeitermiliz zuschrieb, schon immer eine Rolle gespielt hatten, im Zuge der Reform jedoch schärfere Konturen gewannen. Schriftlich fixierte Eignungskriterien und „funktionelle[n] Pflichten“ unterliefen das (in der Praxis allerdings auch zuvor nur bedingt) geltende Prinzip der Freiwilligkeit, vor allem aber verlor das Prinzip der „Ehre“ durch die Einführung der sogenannten „Kampfgruppen-Rente“ erheblich an Bedeutung.

Ursache für die Einführung dieser Rente – die 20-jährige Zugehörigkeit zur Miliz mit einem Zuschuss von monatlichen 100,- Mark belohnte⁹² – waren Zustände wie im Kreis Seehausen, wo in den 1960er Jahren 300 Kampfgruppen-Angehörige 1 200 Freiwilligen Feuerwehrleuten und noch einmal 300 Freiwilligen-Helfer der Volkspolizei gegenüberstanden.⁹³ „Ohne die Arbeit der Zivilverteidigung und der Feuerwehr herabzumindern, muss deutlich werden, dass die Mitarbeit in den K[ampf]G[ruppen] nach dem Dienst in der NVA an erster Stelle steht“,⁹⁴ war die der Rente zugrundeliegende Devise, die sich im Grunde in den Kontext einer forcierten Sozialpolitik, die Honecker schon kurz nach seinem Machtantritt auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 zur „Hauptaufgabe“⁹⁵ seiner Politik erklärt hatte, einfügte und vor dem Hintergrund einer allgemeinen Erhöhung der Einkommen und Renten zu Beginn der 1970er Jahre auch wenig exzeptionell war.⁹⁶ Angesichts der Tatsache, dass die virtuose

92 Im Einzelnen gewährte dieser Rentenzuschlag „bei einer Zugehörigkeit zu den Kampfgruppen der Arbeiterklasse von a) mindestens 25 Jahren oder b) mindestens 20 Jahren, sofern das vorzeitige Ausscheiden infolge Invaldität bzw. Untauglichkeit aus gesundheitlichen Gründen erfolgt, eine Alters-, Invaliden- und Unfallrente in Höhe von 100,- M.“ Desgleichen beschloss das Sekretariat des ZK eine „Witwenrente“ in Höhe von 60,- M, eine „Vollwaisenrente“ in Höhe von 40,- M sowie eine „Halbwaisenrente“ von 30,- M; vgl. Anlage vom 14. 8. 1974 (BArchB, DO1/18.0/53584).

93 Vgl. Protokoll der Arbeitsberatung vom 21. 1. 1965 (LHASA, MD, Rep P13, Nr. IV/A-2/12/917, Bl. 35). Vgl. auch Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen im Kreis Hettstedt, undat. (LHASA, SED-KL Hettstedt, Nr. IV/409/252, Bl. 41).

94 Einschätzung der BPO über die Ergebnisse zur Auffüllung unserer KG-Einheit vom 27. 8. 1973 (LHAM, Rep P18, SED-BPO VEB Stahl- und Apparatebau Genthin, Nr. IV/C-7/36/12).

95 Hans Günther Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998; Christa Hübner/Peter Hübner, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*, Köln 2008, S. 218.

96 Vgl. Peter Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre*. In: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hg.), *Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 39–80, hier 48; Hübner/Hübner, *Sozialismus als soziale Frage*, S. 207 f.

(Selbst)Wahrnehmung der Kämpfer entscheidend auf dem Enthusiasmus und der damit einhergehenden Unentgeltlichkeit ihres Engagements beruht hatte, nährte sie jedoch den Eindruck, der erst 1989 offen auszusprechen gewagt wurde, gewiss aber schon früher virulent war, dass nämlich die Partei „sich die ‚Treue‘ zur Kampfgruppe mit Geld erkaufen“⁹⁷ müsse.

Waren im Zuge der Reform – und nach der Einführung der Rente bisweilen mit großer Verbitterung – zahllose Angehörige aus der Miliz ausgeschieden, erwies sich die Aufgabe, geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren, weiterhin als schwierig. „Die Armee ist doch stark genug für unseren Schutz“, lautete das am häufigsten vorgebrachte Argumente gegen ein Engagement in den Kampfgruppen.⁹⁸ Artikulierte sich hier eine pragmatische Logik, die angesichts einer bereits vorhandenen Armee ein weiteres bewaffnetes Organ für überflüssig erachtete, verweist das Argument zugleich darauf, dass der der Arbeitermiliz zugewiesene pädagogische Effekt – das „Klassenbewusstsein“ der „Werkstätigen“ zu festigen – dabei weitestgehend ausgeklammert blieb. Angesichts institutioneller Konsolidierung und klassenspezifischer Nivellierung verschwammen innerhalb der „arbeiterlichen Gesellschaft“ die Grenzen zwischen klassenbewusster bzw. staatsbürgerlicher Verantwortung und Selbst-Verortung: Immer wieder vertraten für die Kampfgruppen zu werbende „Werkstätige“ die Meinung, durch die Ableistung des Wehrdienstes ihren Teil zum Schutz des Sozialismus bereits abgetragen zu haben und verlangten, fortan mit militärpolitischen Aufgaben in Ruhe gelassen zu werden – ein Hinweis auf Wahrnehmungen, die die Miliz weniger als *das* „unmittelbar bewaffnete Organ der Arbeiterklasse“, denn als ein „bewaffnetes Organ“ unter vielen betrachteten.

Die Klagen der verantwortlichen Funktionäre über dieses Phänomen zeigen, dass der im Hinblick auf die DDR vieldiskutierte Begriff der „Militarisierung“ die damit verbundenen Ziele der „letzten Revolutionäre“ nur unzureichend erfasst: Es lag weniger in ihrem Interesse, ihre Bürger zu guten Soldaten zu formen.⁹⁹ Gänzlich dem „Geiste Ernst Thälmanns verpflichtet“, sollte die demonstrative Militanz, auf die – angefangen bei den Pionieren und der FDJ bis hin zur Zivilverteidigung und eben den Kampfgruppen – unter Honecker alle gesell-

97 Vgl. Eingabe vom 6. 11. 1989 (Leipzig) (SAPMO-BArch, DY 30/1077, Bl. 3).

98 Abschlussbericht zur Umgliederung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, undat. [1974] (LHAM, Rep P13, Nr. IV/C-2/12/787, Bl. 44); Einschätzung der II. Etappe der Umgliederung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im Kreis Havelberg vom 16. 3. 1973 (LHAM, Rep P13, Nr. IV/C-2/12/788, Bl. 77).

99 Vgl. zu dieser Diskussion Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke, Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung. Ein Überblick. In: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 1–67; Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, Münster 1995; Rogg, Militär und Gesellschaft in der DDR.

schaftlichen Organisationen verpflichtet wurden, vielmehr Ausweis ultimativer klassenbewusster Gesinnung sein.¹⁰⁰

In einer Gesellschaft, die „weniger von den großen geschichtlichen Prozessen der Vergangenheit, den harten Kämpfen und Entbehrungen, als von der Normalität eines gesicherten, selbstverständlichen, materiell reicher werdenden, wenn auch nicht ungefährdeten Alltags bestimmt“¹⁰¹ war, wie der Schriftsteller Gerhard Rothbauer 1984 schrieb, stieß ein derartiger Anspruch jedoch auf wachsendes Unverständnis, das sich etwa in Witzen artikulieren konnte: „Er sieht grau aus, liegt im Gras und zittert – das ist die Kampfgruppe!“, lautete ein offenbar gängiger Witz über die Angehörigen der Arbeitermiliz.¹⁰²

Politische Witze stellten im Staatssozialismus eine Art von „Gegenöffentlichkeit“ dar. Das Grundmuster politischer Witze bestand darin, eine fiktive Episode ideologisch positiv besetzter Helden so zu erzählen, dass diese durch die Pointe plötzlich in die Stellung ideologisch negativ besetzter Helden gerückt wurden.¹⁰³ Während das „public transcript“ den Kämpfer idealtypisch als stolzen, furchtlosen und kampfstarken Proletarier vorstellte, zitternd und grau. Derartige Zuschreibungen waren durchaus mehrdeutig zu lesen.¹⁰⁴ Zm einen konnte das „graue Aussehen“ auf die Uniformen der Kämpfer anspielen, die seit der Reform diese Farbe trugen, zum anderen in Verbindung mit dem „Zittern“ aber auch auf das fortgeschrittene Alter zahlloser Kämpfer oder auf deren eher geringe militärische Professionalität gemünzt sein. In jedem Fall hatte die Person des Kämpfers nur stellvertretende Bedeutung – eigentliches Objekt jedes politischen Witzes war die jedem Werktätigen aufgezwungene ideologische Rolle, von deren Zumutung man sich mit Witz und Ironie kurzzeitig zu entledigen suchte.¹⁰⁵

So trug die öffentliche Lobpreisung der Kampfgruppen und ihrer Angehörigen – die anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Miliz in der Eröffnung eines großen Denkmals in Berlin gipfelte¹⁰⁶ – ihren Teil zu einer zunehmenden

100 Vgl. Alan L. Nothnagle, *Building the East German Myth. Historical Mythology and Youth Propaganda in the German Democratic Republic, 1945–1989*, Ann Arbor 1999; Eric D. Weitz, „Rosa Luxemburg Belongs to Us!“ German Communism and the Luxemburg Legacy. In: *Central European History*, 27 (1994), S. 27–64.

101 Gerhard Rothbauer, zit. nach: Alf Lüdtkke, *Alltage „in unserer Ebene“*. Anfragen zu den Perspektiven auf die 1970er und 1980er Jahre in der DDR. In: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), *Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001, S. 295–300, hier 295.

102 Interview mit Edgar Peters (Leuna) vom 20.9.2006, Transkript S. 9.

103 So Michael Brie, *Der politische Witz – Antiideologie im Staatssozialismus*. In: Hansjörg Bay/Christof Hamann (Hg.), *Ideologie nach ihrem „Ende“*. Gesellschaftskritik zwischen Marxismus und Postmoderne, Opladen 1995, S. 183–205, hier 188; vgl. dazu auch Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur*, S. 154 f.

104 Vgl. Alf Lüdtkke, *Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen*. In: Becker/ders. (Hg.), *Akten, Eingaben, Schaufenster*, S. 11–26, hier 18 f.

105 Brie, *Der politische Witz*, S. 192.

106 Vgl. „Kampfgruppen der Arbeiterklasse sind eng mit dem Volk verbunden“. In: *Neues Deutschland* vom 16.9.1983, S. 1, 8.

„Unwirklichkeit des Realen“ bei.¹⁰⁷ „Der einstmals sehr gute Zustand in beiden Einheiten ist immer mehr der Unlust gewichen“, konstatierte das MfS im Oktober 1988 beispielhaft für zwei Hallenser Kampfgruppen. Im Gegensatz zur öffentlichen Rhetorik vermissten die Kämpfer dieser Einheiten „die Wertschätzung ihres Dienstes“ und eine gebührende „gesellschaftliche Anerkennung“ und brachten – wie „z. B. der Gen. [Name geschwärzt; T. S.], Sekretär der Parteigruppe des 2. Zuges und seit über 25 Jahren“ Mitglied der Kampfgruppe – offen zum Ausdruck, „dass die KG in den PWH nicht das größte Rad am Wagen ist, sondern ein lästiges notwendiges Übel“ sei.¹⁰⁸

IV. Fazit

Wie sehr sich Honecker „mit einem *proletarischen ‚Erobererkönig‘* und die Geschichtsspanne, in der er wirkte, mit der Kampf- und Aufbruchsperiode des Weltkommunismus“¹⁰⁹ verwechselte, sollte sich im Herbst 1989 zeigen. Trotz – oder möglicherweise auch gerade wegen – eines harmonisierenden Diskurses im Hinblick auf das Miteinander von Herrschern und Beherrschten – der „Einheit von Partei und Klasse“ – konnte, was sich seit September 1989 auf den Straßen der DDR „zusammenrottete“, in den Augen der „letzten Revolutionäre“ nur die „Konterrevolution“ sein. Das staatssozialistische „public transcript“ ließ keine andere Deutung zu und erklärte zur Faktizität, was im Grunde bloße Fiktion war: „Ich war 1953 verantwortlich hier in Berlin. Mir braucht keiner zu sagen, was die weiße Brut veranlasst. Ich bin als Jungkommunist nach Spanien und habe gegen die Halunken, dieses faschistische Kropfzeug, gekämpft. [...] Mir braucht keiner zu sagen, wie man mit dem Klassenfeind umgeht“,¹¹⁰ artikuliert etwa der Innenminister und Bürgerkriegsveteran Friedrich Dickel eine Wahrnehmung, die nur um den Preis der Abtrennung von der lebendigen gesellschaftlichen Wirklichkeit behauptet werden konnte.

Überall dort, wo sich die Bevölkerung zu größeren Demonstrationen zusammenfand – in erster Linie in Berlin und Leipzig, aber auch in Magdeburg –, wur-

107 Vgl. Engler, Unwirklichkeit des Realen.

108 Information zum polit-moralischen Zustand der 1. KGH und des AZ vom 11. 10. 1988 (BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 172, Bl. 241).

109 Wolfgang Engler, Der proletarische König. In: ders., Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen, Frankfurt a. M. 1995, S. 11–30, hier 28 (Hervorhebung im Original).

110 Rede des Ministers des Innern vor den Chefs der BDVP am 21. 10. 1989; zit. nach: Tobias Hollitzer, „Heute entscheidet es sich: Entweder die oder wir“ – zum 9. Oktober 1989 in Leipzig. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung. In: Horch und Guck, 7 (1998) 23, S. 23–48, hier 32; zum Auseinanderdriften von Wirklichkeit und deren Wahrnehmung im „real existierenden Sozialismus“ vgl. Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang, Göttingen 1999.

den auch Kampfgruppen mobilisiert.¹¹¹ Deren betriebsbezogene Organisation erwies sich jetzt jedoch als Nachteil: Schon vor dem Herbst 1989 hatte sich in den staatssozialistischen Gesellschaften an der Basis eine gegenüber Rollen- und Machtrücksichten emanzipierte Praxis „hautnaher Beziehungsarbeit“¹¹² etabliert, die weit stärker von „warmem“ individuellem Verhandlungsgeschick und Kompromissbereitschaft als von einer „kalten“ Politik des „Alles oder Nichts“¹¹³ geprägt und getragen wurde. In diesem Sinne weigerten sich zahlreiche Kampfgruppen-Angehörige nicht nur, gegen „Freunde, Bekannte und Kollegen ‚Zwangsmaßnahmen‘ durchführen zu müssen“,¹¹⁴ sie machten auch deutlich, dass „das Feindbild plötzlich einer persönlichen Überprüfung nicht mehr stand[hielt]. Gewalt war nicht gefragt“,¹¹⁵ argumentierte beispielhaft ein Leipziger Kämpfer in einer Eingabe.

Insbesondere der Versuch der SED, die Protestbewegung gewaltsam zu unterdrücken, hatte die Menschen in großer Zahl gegen das Regime aufgebracht und den Bruch zum herrschenden System befördert.¹¹⁶ Die Kampfgruppen, einst Repräsentation proletarischer Machtbehauptung, waren auf diese Weise zu einem Symbol der Machtverweigerung geworden: Ihr Einsatz im Verlauf der Herbstunruhen hatte aller Welt gezeigt, dass sie nicht die Interessen der „werk-tätigen“ Bevölkerung verteidigten, sondern die Interessen einer kleinen, machtversessenen Minderheit. Solchermaßen gerieten sie nun zum unmittelbar greifbaren, weil – anders als Polizei oder Staatssicherheit – in der betrieblichen Lebenswelt alltäglich präsentem Symbol staatssozialistischer Herrschaft, in dem wie in keinem anderen Organ des Sicherheitsapparates die Verknüpfung von formaler Gewaltandrohung mit der spezifisch ideologischen Legitimation des Regimes zutage trat.¹¹⁷

111 Einen Gesamtüberblick über die „friedliche Revolution“ geben: Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a. M. 1999; Sascha-Ilko Kowalczyk, *Endspiel: die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009.

112 Vgl. dazu Engler, *Die ungewollte Moderne*.

113 Weitz, *Der Zusammenbruch der DDR*.

114 Einschätzung der Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die im Vorfeld und in der Durchführung der Aktion „Jubiläum 40“ zum Einsatz kamen vom 23. 10. 1989 (BStU, ZA, HA VII 68, Bl. 242 f.); vgl. auch Einschätzung der Einsatzbereitschaft und des politisch-moralischen Zustandes der Kampfgruppen im Zusammenhang mit den Ereignissen zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR vom 16. 10. 1989 (BStU, As Magdeburg, BV Magdeburg AKG, Nr. 88, Bl. 59).

115 Eingabe vom 28. 10. 1989 (Leipzig) (SAPMO-BArch, DY 30/1077, Bl. 107).

116 Gareth Dale, *The East German Revolution of 1989*, Manchester 2007, S. 37; vgl. auch Information über Meinungen zur gegenwärtigen innenpolitischen Lage im VEB SKET-ETW [Magdeburg] vom 12. 10. 1989 (BStU, AS Magdeburg, BV Magdeburg AKG, Nr. 331, Band 2, Bl. 309).

117 Vgl. dazu die abgedruckten Dokumente. In: Bernd Gehrke/Renate Huertgen (Hg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution*, Berlin 2001, S. 347, 366, 375, 405.

Bemerkenswert ist, dass sich der Zorn gegenüber dem „unmittelbar bewaffneten Organ der Arbeiterklasse“ weitgehend an „arbeiterlichen“, d. h. egalitären Werthaltungen maß: Wurden ihre Angehörigen mit Vorwürfen wie „Schande – Arbeiter gegen Arbeiter“, „Arbeiterverräter“¹¹⁸ konfrontiert, räumten sie selbst ein, dass vielen Kämpfern „von ihren Betrieben nicht gerechtfertigte Vorteile geboten“ worden seien. Dass „Leute, die durch Aussicht auf 100,- M zusätzliche Rente und insgesamt vorteilhaftere Bedingungen [...] nur aus egoistischen Gründen in die Kampfgruppe eingetreten“ seien, „junge Leute im wehrfähigen Alter nicht etwa aus Einsicht in die Notwendigkeit in die Kampfgruppe eintraten, sondern um den sicherlich weit unbequemerem Reservistendienst in der Nationalen Volksarmee zu umgehen“ und organisationsspezifische „Auszeichnungen, auch in Verbindung mit der Zuwendung finanzieller Mittel, an mehr oder minder unbeteiligte Personen, wie Betriebsleiter und Parteisekretäre u. a.“¹¹⁹ vergeben worden seien, wie ein Kämpfer aus Loitz in einer Eingabe behauptete, rundete das Bild eines vollkommen verkommenen „unmittelbar bewaffneten Organs der Arbeiterklasse“ respektive „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ ab und suggerierte, dass „Organ“ bzw. „Staat“ weniger von moralisch integren Virtuosen als von selbstsüchtigen, nur auf den eigenen Vorteil versessenen Opportunisten getragen worden sei.

Die Auflösung der Kampfgruppen wurde auf dem außerordentlichen Parteitag der SED am 8./9. bzw. 16./17. Dezember 1989 – der das Ziel hatte, das Ruder noch einmal herumzureißen und eine Aussöhnung zwischen Partei und Gesellschaft einzuleiten¹²⁰ – deshalb auch zu den fünf zentralen Aufgaben gezählt, zwar erst hinter den Fragen nach einem angemessenen Begriff des Sozialismus, der Notwendigkeit eines neuen Parteinamens und der Haltung zum Leistungsprinzip, aber noch vor der Frage nach der Zukunft des Amtes für Nationale Sicherheit, immerhin der Nachfolgeinstitution des MfS. Obwohl auch der designierte Parteivorsitzende Gregor Gysi den „Beitrag der Mitglieder, die jahrelang ihre Freizeit für die Ausbildung geopfert haben“, lobte, machte er in Anbetracht der „Gründungsmotive“, die den Kampfgruppen zugrunde gelegen hätten, unmissverständlich deutlich, „dass sie nicht mehr zeitgemäß sind“.¹²¹ Gysis Plädoyer blieb unwidersprochen – der Stolz der „letzten Revolutionäre“

118 Eingabe vom 26.11.1989 (Erfurt) (SAPMO-BArch, DY 30/1361, Bl. 2); Information über einige beachtenswerte Erscheinungen in den Kampfgruppen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lageentwicklung vom 13.10.1989 (BStU, ZA, ZAIG 6023, Bl. 4).

119 Eingabe vom 7.11.1989 (Loitz) (SAPMO-BArch, DY 30/1077, Bl. 39).

120 Zum außerordentlichen Parteitag vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Hg. von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999; Gero Neugebauer, Von der SED zur PDS 1989 bis 1990. In: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 100–116, hier 108.

121 Gregor Gysi, zit. nach: Außerordentlicher Parteitag, S. 66.

stellte nach der „Wende“ nicht mehr dar als die Schmach einer langjährigen „Faktizität der Fiktionen“,¹²² die sich gegenüber in den 1920er Jahren wurzelnden Handlungsmustern und Verhaltensweisen niemals zu emanzipieren vermochte und mit den Alltagsrealitäten nach 1945 kaum noch übereinzubringen war.

122 Zur „Faktizität der Fiktionen“ vgl. Lütke, Sprache und Herrschaft in der DDR, S. 25 f.

